

Die Neat verleiht dem Kulturtourismus  
im Tessin neue Impulse **SEITE 10**

Während des Zweiten Weltkriegs wird ein Jude  
in der Waadt Opfer eines Gewaltverbrechens **SEITE 11**

# Murren und Ächzen in Lausanne

Das Bundesgericht klagt über die hohe Arbeitslast, namentlich im Strafrecht

Die Zahl der Strafrechtsfälle hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das Bundesgericht erhofft sich Hilfe vom Bundesrat. Doch eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht.

KATHARINA FONTANA

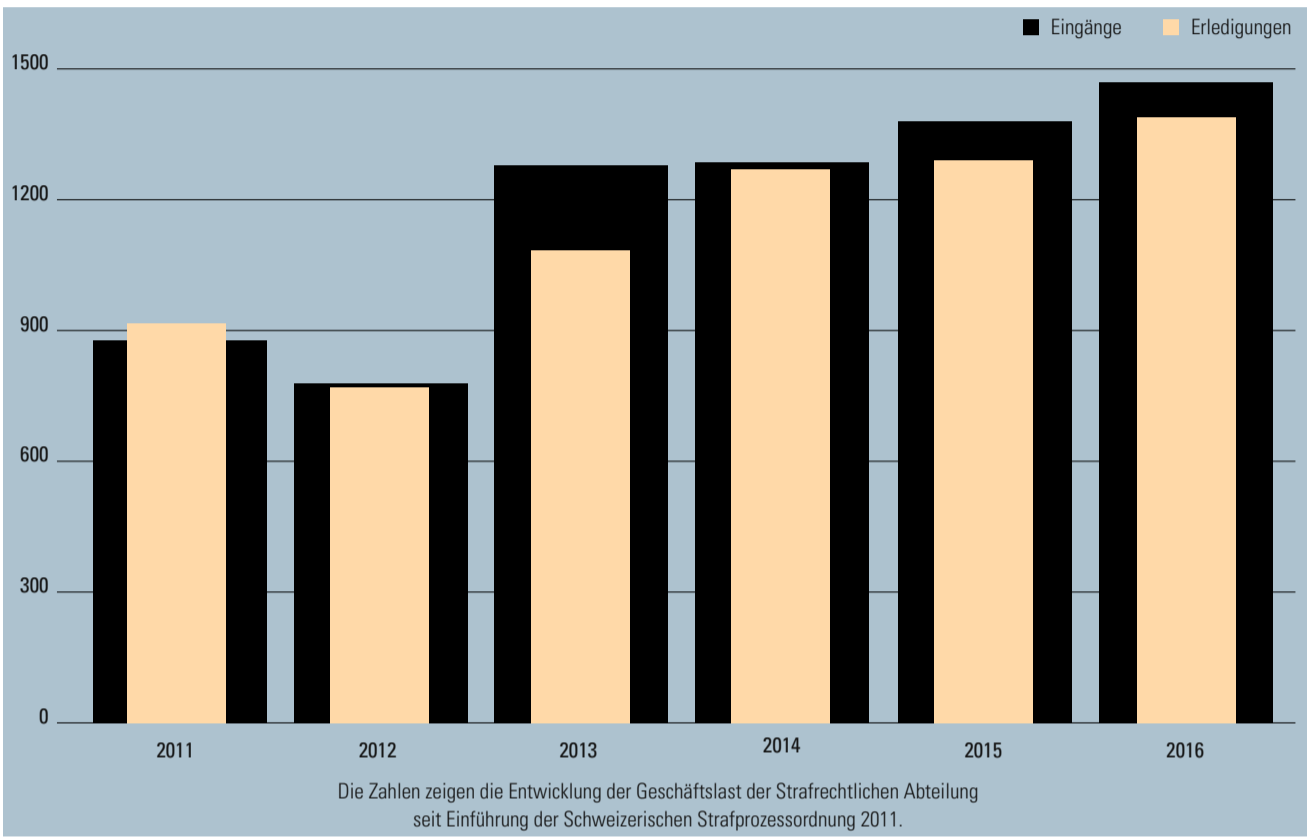
Wird das Bundesgericht von Arbeit erdrückt, muss es entlastet werden? Geht es nach dem höchsten Gericht, so sind Korrekturen nötig, und zwar dringend. Die Fallzahlen in Lausanne und Luzern bewegten sich auf einem sehr hohen Niveau, der Arbeitsanfall in gewissen Abteilungen sei ausserordentlich hoch, so die Klage. Sorgen bereitet dem Bundesgericht speziell die Situation der Strafrechtlichen Abteilung, wie vor kurzem bei der Präsentation des Geschäftsberichts 2016 dargelegt wurde. Tatsächlich sind die Fallzahlen dort in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Während im Jahr 2011 878 neue Eingänge im Strafrecht verzeichnet wurden, lag die Zahl im vergangenen Jahr bei 1469 Fällen (vgl. Grafik). Die Pendenzen nehmen zu, über 660 Dossiers musste die Strafrechtliche Abteilung Ende 2016 auf dieses Jahr übertragen.

## Der Fall Behring als Beispiel

Warum die strafrechtlichen Beschwerden derart zugenommen haben, darüber weiss man nichts Verlässliches. Am Bundesgericht gibt es aber gewisse Vermutungen. So ist zu hören, dass der Gesetzgeber das Strafrecht nicht mehr bloss als Ultima Ratio einsetze, sondern laufend neue Straftatbestände schaffe. Zudem hätten sich mit Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 die Erfolgsaussichten für die Beschwerdeführer verbessert, da das Bundesgericht das Prozessrecht nun frei und nicht mehr nur auf Willkür prüfe; als Folge davon gebe es mehr Verfahren.

Einen wichtigen Treiber für das Ansteigen der Geschäftslast sieht man am

Geschäfte der Strafrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts



QUELLE: BUNDESGERICHT

NZZ-Infografik/lvg.

Bundesgericht darin, dass die Stellung der Geschädigten unter dem neuen Strafprozessrecht deutlich aufgewertet worden ist.

Nicht nur die eigentlichen Opfer einer Straftat – also Personen, die durch ein Delikt in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt wurden – können sich an das Bundesgericht wenden. Zur Beschwerde legitimiert ist darüber hinaus auch jede Person, die sonst in ihren Rechten verletzt wurde, also etwa Geld verloren hat. Sie kann als Privatklägerin am Strafverfahren teilnehmen und auf diese Weise Schadenersatzansprüche einfordern. Rund 200 bis 300 Fälle jährlich können nach Einschätzung von Bundesrichtern auf solche Konstellationen zu-

rückgeführt werden. – Wie krass sich der Einbezug der Geschädigten in der Praxis auswirken kann, zeigt derzeit der Fall des wegen gewerbsmässigen Betrugs verurteilten Financiers Dieter Behring. Rund 1300 betrogene Anleger schlossen sich dem Strafverfahren als Privatkläger an und machten ihre Schadenersatzforderungen gegenüber Behring im Rahmen des Prozesses vor Bundesstrafgericht geltend. Diesem oblag dann die zeitaufwendige Aufgabe, einen Grossteil dieser zivilrechtlichen Ansprüche zu klären.

Die neue Strafprozessordnung dürfte nicht nur beim Bundesgericht, sondern auch in den Kantonen für einen Anstieg der Geschäftslast gesorgt haben. Dies zumindest ist die Erfahrung von Rolf

Grädel, der bis Ende 2016 als Berner Generalstaatsanwalt und Präsident der schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz gewirkt hat. In Bern bewege man sich heute auf einem sehr hohen Niveau, wobei ein Teil der Arbeitszunahme wohl darauf zurückzuführen sei, dass den Geschädigten mehr Rechtsmittel zustünden als früher. Doch auch die ausgebauten Teilnahmerechte der Beschuldigten hätten den Aufwand für die Strafjustiz erheblich erhöht, sagt Grädel.

Im Bundesamt für Justiz (BJ) ist man derzeit daran, Verbesserungen der Strafprozessordnung auszuarbeiten. Bis Ende 2018 muss der Bundesrat dem Parlament eine entsprechende Gesamtschau unterbreiten. Laut BJ soll die Vernehmlassung

## Staatsanwaltschaft wird aktiv

Gegen Jürg Jegge laufen Vorermittlungen wegen sexuellen Missbrauchs von Schülern

-yr. · Noch am späten Freitagnachmittag hat die Zürcher Oberstaatsanwaltschaft Ermittlungen im Fall des früheren Sonderschullehrers und Buchautors Jürg Jegge eingeleitet. Das gab eine Sprecherin gegenüber diversen Sonntagszeitungen bekannt. Zuvor hatte der inzwischen 73-jährige Jegge in verschiedenen Medien Stellung genommen zu den Missbrauchsvorwürfen, die ein ehemaliger Schüler in Buchform erhoben hatte. Jegge legte ein Geständnis ab und sagte, er habe mit «weniger als zehn Schülern» einen sexuellen Kontakt gehabt. Eine Schuld wollte er im Interview mit der NZZ aber nur zögerlich einräumen.

Es ist davon auszugehen, dass die bis anhin bekannten Fälle verjährt sind. Trotzdem sollen die Missbräuche strafrechtlich aufgearbeitet werden. Zwar wurde Ende 2008 eine Volksinitiative angenommen, die die Unverjährbarkeit von schweren sexuellen Straftaten an Kindern vor der Pubertät vorsah. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes, das Anfang 2013 in Kraft trat, wurde die Vorpubertät mit einem Alter von unter zwölf Jahren definiert.

Eine generelle Rückwirkung erschien aus rechtsstaatlichen Überlegungen nicht opportun. Doch der Bundesrat

setzte zumindest durch, dass auch jene schweren Sexualdelikte an unter Zwölfjährigen unverjährbar bleiben, die 2008 noch nicht verjährt waren.

Im Fall von Markus Zangger hilft das nicht. Er war zwölf Jahre alt, als er 1970 in Jegges Sonderschule im Zürcher Unterland eintrat. Die Übergriffe, die er in dem vergangene Woche erschienenen Buch «Jürg Jegges dunkle Seite» aufarbeitet, begannen etwas später. Die Initianten der Volksinitiative waren allerdings nach der für sie erfolgreichen Abstimmung zunächst davon ausgegangen, dass die Altersgrenze für die Vorpubertät bei 16 Jahren festgelegt werde. Doch selbst das hätte an der Verjährung von Jegges Taten nichts geändert.

1985 schloss der einstmalige «Lehrer der Nation» die Sonderschule und eröffnete die Ausbildungsstätte «Märtplatz», in unmittelbarer Nachbarschaft zu seinem Wohnort in Rorbas. Dort haben Jugendliche in schwierigen Lebenslagen bis heute die Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren. Die Institution gilt als vorbildlich und verfügt über einen überdurchschnittlichen Leistungsausweis.

Der «Märtplatz» galt bis anhin als Jegges Lebenswerk. Der Umgang dort mag zuweilen recht salopp gewesen sein,

aber Jegge versichert im Interview, im Gegensatz zur Sonderschule habe er mit keinen Schutzbefohlenen sexuellen Kontakt gehabt. Aus Reputationsgründen trat er vergangene Woche als Ehrenpräsident der Stiftung zurück.

Die eingeleiteten Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft werden insbesondere klären müssen, ob Jegge tatsächlich keinen sexuellen Missbrauch mit einem Minderjährigen oder Schutzbefohlenen begangen hat, der noch nicht verjährt ist. Wie die langjährige Staatsanwältin und heutige Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, Silvia Steiner, gegenüber dem «Sonntags-Blick» sagte, geht sie davon aus, dass die Fälle vor 1987 verjährt sind.

Begleitend zur strafrechtlichen Aufarbeitung will Regierungsrätin Steiner Abklärungen in der Bildungsdirektion vornehmen. Bekannt ist bis jetzt, dass die Schulpflege der Gemeinde Embrach Jegge 1973 verschiedene Weisungen erteilte. Dieser publizierte sie sogar in einem seiner Bücher mit dem Hinweis, die Behörden wollten ihn einengen. In einer der Weisungen wird er ermahnt, während der Schulstunden keine Autofahrten zu unternehmen und die Kinder nicht zu sich nach Hause zu nehmen.

## Frankreich weist Genfer Prediger Ramadan aus

Als «ernsthafte Gefahr» eingestuft und in Colmar verhaftet

(Reuters) · Frankreich hat den Leiter des islamischen Zentrums in Genf des Landes verwiesen. Hani Ramadan stelle aufgrund früherer Aussagen und Handlungen eine ernsthafte Gefahr der öffentlichen Ordnung dar, heisst es in einer Mitteilung des französischen Innenministeriums. Ramadan wurde in Colmar im Elsass verhaftet und am Samstagabend von der Polizei zur Schweizer Grenze eskortiert. Er wollte in Colmar an einer Konferenz teilnehmen.

Der in Genf geborene Hani Ramadan ist ein Enkel des Gründers der islamischen Bruderschaft in Ägypten. Erstmals Aufsehen erregte Ramadan im Jahr 2002. Er war damals noch Französischlehrer an einer öffentlichen Schule in Genf und verteidigte in einem Zeitungsartikel der Zeitung «Le Monde» die Steinigung von Ehebrechern. Daraufhin verlor er seine Stelle als Lehrer. – Seit den Anschlägen von Paris im November 2015 gelten in der französischen Hauptstadt erhöhte Sicherheitsmassnahmen zur Terrorabwehr.

über die strafprozessualen Änderungen diesen Herbst eröffnet werden. Ob auch die Parteistellung der Geschädigten ein Thema sein wird, ist noch nicht bekannt.

## Verhaltener Reformwille

In Lausanne setzt man die Hoffnungen derweil in eine andere Revision, nämlich in jene des Bundesgerichtsgesetzes: Sie soll die Hürden für den Zugang an das höchste Gericht erhöhen und so für Entlastung sorgen, gerade auch im Strafrecht. Wie schnell mit der Reform zu rechnen ist, ist allerdings eine offene Frage. In der Vernehmlassung hat das Vorhaben ein gemischtes Echo ausgelöst und wurde namentlich von rot-grünen Kreisen ungnädig aufgenommen. Beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement scheint der Wille, die Revision voranzutreiben, nun eher verhalten zu sein. So wurde dem BJ noch kein grünes Licht erteilt, die bundesrätliche Botschaft zuhanden des Parlaments auszuarbeiten.

## 140 Tage im Schnitt

fon. · Das Bundesgericht hatte im letzten Jahr etwas weniger zu tun als 2015; das zeigt der Geschäftsbericht 2016. Bei den fünf Abteilungen in Lausanne, wo man sich mit öffentlichem Recht, Zivilrecht und Strafrecht beschäftigt, und den zwei sozialversicherungsrechtlichen Abteilungen in Luzern wurden 2016 gesamthaft 7743 Eingänge verzeichnet – 1,4 Prozent weniger als 2015.

Übers Ganze gesehen konnte das höchste Gericht mit den Eingängen Schritt halten: Die Zahl der Erledigungen lag letztes Jahr bei 7811, es wurden also mehr Dossiers abgearbeitet als neue eingingen. Auch arbeiten die Richterinnen und Richter effizient. So betrug die durchschnittliche Prozessdauer 140 Tage – italienische Verhältnisse mit sich während Jahren hinziehenden Verfahren gibt es also nicht. Lediglich 38 Fälle waren Ende 2016 älter als zwei Jahre.

ANZEIGE

**Fitte Spitäler – zum Wohle der Patienten**  
21.05.2017 **2 x JA**  
[www.fittespitaeler.ch](http://www.fittespitaeler.ch)

**Verselbstständigung  
Kantonsspital Winterthur und  
Integrierte Psychiatrie Winterthur  
- Zürcher Unterland**

Zürcher Komitee Pro KSW und ipw,  
Stauffacherstrasse 16, 8004 Zürich